

Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 08.12.2016

Was tut die Landesregierung gegen Asylmissbrauch?

Der *Weser-Kurier* berichtete in seiner Ausgabe vom 27. Oktober 2016 („14-köpfige Familie fährt von Gemeinde zu Gemeinde“), dass der Bürgermeister der Samtgemeinde Tarmstedt, Herr Frank Holle, befürchte, eine 14-köpfige Familie abgelehnter Asylbewerber aus Bosnien-Herzegowina kurzfristig erneut unterbringen zu müssen.

Im *Weser-Kurier* heißt es hierzu:

„Tarmstedt. Samtgemeindebürgermeister Frank Holle mag in diesen Tagen gar nicht mehr aus dem Fenster seines Dienstzimmers schauen. Es könnte nämlich passieren, dass ein bestimmtes Wohnmobil auf den Parkplatz des Tarmstedter Rathauses einbiegt. Dass dem Fahrzeug eine 14-köpfige Familie entsteigt, die von der Samtgemeinde Tarmstedt untergebracht werden will. Es wären alte Bekannte, die Holle und seiner Rathausmannschaft schon länger Schweißperlen auf die Stirn treiben. Ebenso wie anderen Rathaus-Chefs und ihren Leuten.

Es handelt sich um die Großfamilie, die Asyl suchend im März 2015 von der Samtgemeinde im alten Pfarrhaus in Wilstedt untergebracht wurde. Die Asylanträge seien im Dezember als unbegründet abgelehnt worden, so Holle, der Familie sei die Abschiebung nach Bosnien angedroht worden. Am 2. Januar sei sie verschwunden gewesen. ‚Untergetaucht‘, sagt Holle. Die zuvor renovierte und eingerichtete Wohnung im alten Pfarrhaus sei derart ramponiert gewesen, dass Reparaturkosten von 10 000 Euro entstanden seien.

Auch der Freundeskreis Asyl, der in der Samtgemeinde etwa 200 Flüchtlinge betreut, hat mit dieser Familie so schlechte Erfahrungen gemacht, dass der Verein nichts mehr mit ihr zu tun haben will. Vorstandsmitglied Rolf Struckmeyer: ‚Das sind keine Flüchtlinge. Die versuchen, sich in Deutschland durchzuschlagen, indem sie von Gemeinde zu Gemeinde reisen. Das ist eine völlig andere Denk- und Lebensweise. Wir wollen nicht, dass unsere Gutmütigkeit weiter ausgenutzt wird.‘“

Im selben Artikel heißt es weiter unten:

„Doch Holle weiß im Moment überhaupt nicht weiter. Er habe im Moment schlichtweg keinen Platz für die große Familie, die einzige geeignete Unterkunft in Wilstedt sei belegt. Er habe die Familie übergangsweise in der Samtgemeinde Selsingen unterbringen können. Doch die Familie habe sich in Rhade bei Mitbewohnern und Nachbarn ebenso unbeliebt gemacht wie zuvor in Wilstedt, sodass die Selsinger den Tarmstedtern eine Frist bis Freitag gesetzt haben, sie wieder zurückzunehmen.

Holles Problem wäre gelöst, wenn er die Familie beispielsweise in der Notunterkunft des Landkreises in Visselhövede unterbringen könnte, in der im Moment reichlich Platz ist. Das hat zwar der Landkreis neulich so gemacht, nachdem die Familie eines Nachmittags unerwartet in Rotenburg vorm Kreishaus aufgeschlagen ist. Doch das ist laut Gesetz so nicht vorgesehen. ‚Es ist die Kommune zuständig, bei der die Asylsuchenden zuletzt gemeldet waren‘, so Holle.

Der rechnet nun jederzeit damit, dass das ungeliebte Wohnmobil, für das weder der Vater noch die Mutter einen gültigen Führerschein besitze, am Tarmstedter Rathaus vorfährt.“

Und abschließend der *Weser-Kurier*:

„Sein Dilemma bringt Holle so auf den Punkt: ‚Diese Leute machen sich die Lücken im deutschen Rechtssystem zunutze. Sie haben überhaupt keine Chance, in Deutschland Fuß zu fassen, doch

wir kriegen sie nicht raus.' Er habe jedenfalls entschieden: ‚Wenn die bei uns vor der Tür stehen, schicken wir sie weg.‘“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Status hinsichtlich der betroffenen Familie?
2. Welche Möglichkeiten bestehen seitens des Landes, des Landkreises und der Samtgemeinde, um diese Familie aus Bosnien abzuschieben?
3. Welche Möglichkeiten hat die Samtgemeinde Tarmstedt, dieser Familie Sozialleistungen zu verweigern bzw. sie zu einem sozial adäquaten Verhalten zu bewegen?

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender